

Soziale Dimensionen nachhaltiger Entwicklung

Norbert Gestring

Das Beispiel des ökologischen Wohnens

1 Nachhaltige Entwicklung

Eine Vielzahl deutscher Kommunen befasst sich mittlerweile mit der Ausarbeitung einer Lokalen Agenda 21. Es gibt zwar Darstellungen, an denen sich die Verwaltungen orientieren können, um Lokale Agenda 21-Prozesse durchzuführen,¹ in der Praxis aber kommen Beobachter dieser Prozesse zu dem Ergebnis, dass es erstens ein breites Spektrum von Verfahren und Zielen gibt, die die Kommunen mit einer Lokalen Agenda 21 verbinden, und dass zweitens die ökologischen Projekte dominieren, während ökonomische und soziale Themen nur eine marginale Rolle spielen.² Diese Tendenz bestätigen auch die Difu-Befragungen zur Lokalen Agenda-Praxis in den Kommunen, die in diesem Heft von C. Roesner und J.H. Trapp vorgestellt werden.

Als Gründe dafür werden die unterschiedliche Ernsthaftigkeit, mit der in den Verwaltungen dieses Thema angegangen wird, die Dominanz ökologisch orientierter Initiativen am Beteiligungsprozess und das Ausweichen vor den harten Themen der Stadtpolitik – wie etwa der Wirtschaftspolitik – genannt. Als vierter Grund ließe sich anführen, dass der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ – das verbindliche Leitbild der Agenda 21 – alles andere als eindeutig ist und für die verschiedensten Zwecke verwendet wird.

Der Fortschritt des Nachhaltigkeitsbegriffs gegenüber Begriffen wie ökologischer Umbau oder ökologische Erneuerung besteht indes darin, dass mit nachhaltiger Entwicklung über die ökologische hinaus ökonomische und soziale Dimensionen in das Konzept integriert werden. Die Handhabbarkeit des Konzepts wird durch diese Einbettung der ökologischen Frage in die ökonomische und soziale Entwicklung aber schwieriger. Denn während für die ökologische Dimension zumindest über die Prinzipien des Handelns und die Kriterien der Beurteilung eine gewisse Eingkeit besteht³ und für die ökonomische Dimension das Nachhaltigkeitsprinzip der Waldbewirtschaftung zumindest einen Ausgangspunkt für die Aus-

arbeitung von Konzepten zur Verfügung stellt, gibt es im Hinblick auf die soziale Dimension ganz unterschiedliche Vorstellungen.

Hier lassen sich drei Ansätze unterscheiden:

- Einmal wird die soziale Dimension nachhaltiger Entwicklung gleichgesetzt mit dem altbekannten politischen Ziel der sozialen Gerechtigkeit.⁴ Diskutiert wird die Frage, was unter sozialer Gerechtigkeit zu verstehen ist und wie sie unter den gegebenen Bedingungen lokal und global durchgesetzt werden kann.

Die Schwäche dieses Ansatzes liegt darin, dass die soziale Dimension als eigenständiger Bereich behandelt wird. Dadurch kommen Widersprüche etwa zwischen ökologischen und sozialen Zielen nicht in den Blick. Auch stellt sich die Frage, warum das politische Ziel sozialer Gerechtigkeit mit einem neuen Begriff – hier der sozialen Nachhaltigkeit – belegt werden sollte.

- In einem zweiten Ansatz werden nachhaltige Lebensstile diskutiert. Bekanntestes Beispiel dafür sind die Leitbilder zur Mobilität, zum Konsum und zur Stadtentwicklung in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“.⁵ Dabei wird die soziale Dimension zwar auf ökologische Zielsetzungen bezogen, die Leitbilder können aber kaum überzeugen: Sie begreifen nachhaltige Entwicklung nicht insgesamt – von der Problemdefinition und Zielformulierung über Umsetzungsstrategien bis hin zu Lösungsmöglichkeiten – als einen Prozess, der aufs Engste mit sozialen Fragen verknüpft ist, sondern skizzieren lediglich eine vermeintlich bessere Lebensweise, ohne zu diskutieren, warum sich diese bisher kaum durchsetzen konnte.

- Der dritte Ansatz versucht, die Begrenzungen der beiden genannten Ansätze zu überwinden. Demnach käme es darauf an, die sozialen Ursachen ökologischer Krisen und die sozialen Voraussetzungen und Folgen ökologischer Erneuerung zu untersuchen.⁶

Mit jeder Entscheidung über eine lebenswerte Umwelt wird auch über eine Art zu leben und zu arbeiten entschieden.

Im Folgenden wird versucht, dieses Verständnis der sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung am Beispiel des ökologischen Wohnens zu verdeutlichen und einige Konsequenzen für die kommunale Planung aufzuzeigen.

(1)
Vgl. Zimmermann, Monika: Lokale Agenda 21. Ein kommunaler Aktionsplan für zukunftsbeständige Entwicklung der Kommune im 21. Jahrhundert. Aus Polit. u. Zeitgeschichte B 27 (1997), S. 25–38

(2)
Vgl. Kuhn, Stefan; Zimmermann, Monika: Lokale Agenda 21 für zukunftsbeständige Stadtentwicklung. Inform. z. Raumentwickl., Bonn (1996), H. 2/3, S. 153–171; Weiland, Ulrike; Lustig, Sandra: Nachhaltige oder integrierte Stadtentwicklung? Oder: Was können Lokale Agenda 21-Initiativen von der integrierten Stadtentwicklungsplanung der siebziger Jahre lernen? Z. f. angew. Umweltforschung (1998) 11, 1, S. 85–93; Wilhelmy, Stefan: Lokale Agenda 21 – erste Entwürfe. Bl. f. deutsche und internationale Politik (1999), H. 2, S. 370–373

(3)
Vgl. BUND/Miserior (Hrsg.) Zukunftsfähiges Deutschland. – Basel, Berlin, Boston 1996; Sachverständigenrat für Umweltfragen: Dauerhaftumweltgerechte Entwicklung – Leitbegriff für die Umweltpolitik der Zukunft. Z. f. angew. Umweltforschung (1994) 7, 2, S. 170–182

(4)
Vgl. Dangschat, Jens S.: Sustainable City – Nachhaltige Zukunft für Stadtgesellschaften. In: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. – Opladen 1997, S. 169–191; Huber, Joseph: Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik. – Berlin 1995

(5)
BUND/Miserior (Hrsg.); a.a.O.

(6)
Wehling, Peter: Braucht die moderne Gesellschaft eine ökologisch modernisierte Soziologie? – Bremen 1998. = Arbeitspapier Nr. 32 der ZWE „Arbeit und Region“

(7)
Die folgenden Abschnitte fassen Befunde unserer Studie zum ökologischen Wohnen zusammen: Gestring, Norbert; Heine, Hartwig; Mautz, Rüdiger; Mayer, Hans-Norbert; Siebel, Walter: Ökologie und urbane Lebensweise. Untersuchungen zu einem scheinbar unauflösbaren Widerspruch. – Braunschweig, Wiesbaden 1997

2 Soziale Dimensionen⁷

Die sozialen Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung lassen sich aus dieser Perspektive der Genese und Folgen unter den folgenden Aspekten zusammenfassen:

Entstehung ökologischer Krisen

Eine der zentralen Ursachen der ökologischen Frage ist die mit der industriellen Urbanisierung des 19. Jahrhunderts entstandene Lebensweise des städtischen Konsumentenhaushalts. Wohnort und Arbeitsort traten auseinander, die Lohnarbeit wurde außerhalb der Wohnung im Betrieb organisiert. Die Selbstversorgungsökonomie des ganzen Hauses reduzierte sich auf „Hausarbeit“.⁸ Parallel zur wachsenden Marktabhängigkeit der Haushalte bei der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs wuchs ihre Abhängigkeit von und ihre Verflechtung mit der städtischen Infrastruktur. Unter den Bedingungen der städtischen Verdichtung, der Ausdehnung und funktionalen Entmischung der Quartiere konnten zahlreiche Leistungen nicht mehr auf der Ebene des Einzelhaushalts erbracht werden. Dazu gehörten die „Versorgung mit frischem Wasser, Lebensmitteln, Koch-, Heiz-, Leucht- und Antriebsenergie, Entsorgung von Abwässern, Exkrementen und Abfällen sowie Beförderung mit Transportmitteln“.⁹ Gasanstalten, Wasserwerke, Elektrizitätswerke, Nahverkehrsbetriebe, Schlachthöfe, Straßenbeleuchtung und Kanalisation, Badeanstalten, Theater und Freizeiteinrichtungen wurden ab dem Ende des 19. Jahrhunderts als komplementäre Infrastruktur zu den Wohnungen eingerichtet. Annähernd gleichzeitig entwickelte sich die breite Palette der sozialen Infrastruktur: der Kinderbetreuungseinrichtungen, der Schulen und Sozialstationen. Auch Geburt, Krankheit und Tod, früher private Angelegenheiten, wurden aus den Wohnungen ausgelagert und in besonderen Institutionen organisiert.

Entstanden im 19. Jahrhundert, dauerte es bis zur zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, bis die urbane Lebensweise für die Mehrheit der Bevölkerung in den westlichen Industrieländern zur Normalität wurde. Einerseits wurde sie den Menschen aufgezungen – durch die ökonomische Überlegenheit der betrieblichen Organisation von Arbeit gegenüber der Haushaltsproduktion, durch Politik, durch Sachzwänge der Verstärkung und der technischen Entwicklung und nicht zuletzt durch den funktionalistischen Städtebau und den sozialen Wohnungsbau. Andererseits ist sie auch Folge von emanzipatorischen Hoffnungen, die sich mit dem Leben in der Stadt verbinden – der Hoffnung auf Entlastung der Privathaushalte von Arbeit und Verbindlichkeiten, auf Befreiung von Zwängen der Natur und von sozialen Kontrollen.

Doch indem sich diese Lebensweise durchsetzte, wurde auch ihre ökologische Problematik offenbar. Umwelthistoriker sprechen vom „Fünfundzig-Jahre-Syndrom“: Die Zersiedlung durch Suburbanisierung des Wohnens und Expansion der Industrie in die Fläche, die Industrialisierung der Landwirtschaft, die Dominanz des Pkw-Verkehrs und der Massenkonsum haben eine rasante Zunahme des Abfalls und eine rapide Steigerung des Energie- und Stoffverbrauchs bewirkt.

Die urbane Lebensweise ist zwar für die meisten Menschen nach wie vor ein erstrebenswertes Ziel, aber längst ist klar, dass sie aus ökologischen Gründen nicht universalisierbar ist. Will man die heute auf der Welt herrschende extreme Ungleichheit nicht mit Gewalt aufrecht erhalten, so bleibt nur ein Ausweg aus der ökologischen Problematik, nämlich eine Änderung der Lebensweise des westlichen, urbanisierten Konsumentenhaushalts in Richtung auf ein für alle akzeptables und praktikables Bild vom richtigen Leben. Nur das wäre eine nachhaltige Lebensweise.

Ziele ökologischer Erneuerung

Wie soll, wie kann eine andere Lebensweise aussehen, die überall als nachhaltig, also als universalisierbar gelten kann? Eine Antwort auf die ökologische Überlebensfrage kann von der Naturwissenschaft bestenfalls negativ gegeben werden: In jedem Fall nicht weiter so wie bisher. Die Frage, wie es weitergehen soll, bleibt im Kern eine Frage nach dem Bild vom richtigen Leben, nach politischen und sozialen Werten, also nach Kultur.

Es gibt keine Umwelt, die nicht menschlich gestaltete Umwelt wäre. Die Menschen als Mängelwesen müssen Natur bearbeiten, und eine Umwelt, in der Menschen überleben können, ist stets kultivierte Natur. In der Konsequenz wird mit jeder Entscheidung über eine lebenswerte Umwelt auch über eine Art zu leben und zu arbeiten entschieden.

Sind etwa bestimmte Mengen radioaktiver Abfälle in die Welt gelangt, sind kommende Generationen für Tausende von Jahren gezwungen, sich zumindest Teile unseres physikalischen und technischen Wissens anzueignen und danach zu leben. Im ökologischen System der Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt sind beide Pole Produkt menschlicher Geschichte, also prinzipiell variabel.

Über die damit eröffneten Möglichkeiten lässt sich nur nach Maßstäben urteilen, die an einem Bild vom gewünschten und nicht an einem Bild vom natürlichen Leben orientiert sind. Ob in unseren Städten mehr Schmetterlinge, Hauskatzen oder Singvögel leben sollen, und ob die Menschen als Bauern, Atomtechniker oder Kritiker leben, diese Entscheidung kann keine Naturwissenschaft der Politik und damit der demokratischen Auseinandersetzung über das Bild vom richtigen Leben abnehmen.

Strategien des ökologischen Umbaus

Spricht man mit Architekten, Planern und anderen auf dem Gebiet des ökologischen Bauens und Wohnens Engagierten, trifft man auf ganz unterschiedliche Vorstellungen davon, wo der Schwerpunkt des ökologischen Stadtumbaus liegen sollte und auf welche Weise er durchgesetzt werden kann.

In dieser Diskussion kristallisieren sich drei prinzipiell unterscheidbare Positionen heraus, die wir als soziale, technische und städtebauliche Strategie bezeichnet haben: Die soziale Strategie hält den Wandel der Lebensweise der Stadtbewohnerinnen und -bewohner für unverzichtbar, die technische Strategie konzentriert sich auf die Veränderung der Stadt- und Haustechnik, die städtebauliche Strategie setzt auf die Reorganisation der Siedlungsstrukturen.

Widerstände und Konflikte

Die genannten Strategien können nicht nur mit ökonomischen Interessen in Konflikt geraten, sondern auch mit den emanzipa-

torischen Hoffnungen der Urbanisierung, dem politischen Ziel der sozialen Gerechtigkeit und den herrschenden Vorstellungen vom guten Wohnen.

Auswege

Notwendig sind andere rechtliche, politische und ökonomische Rahmenbedingungen, die den Unternehmen und Haushalten Orientierungsdaten für ein ökologisch verträgliches Handeln vorgeben. Aber das allein wird nicht reichen. Die notwendigen Verhaltensänderungen lassen sich nicht allein von oben durch Befehl und ökonomischen Zwang durchsetzen. Notwendig ist auch, andere Verhaltensweisen zu lernen. Dazu müssen Planungsverfahren entwickelt und eingesetzt werden, die den Bewohnern den dafür notwendigen Spielraum eröffnen.

Die zuletzt genannten drei Aspekte, die Strategien, die Konflikte und die Auswege, verdeutlichen in besonderem Maße die Relevanz der sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung für Planungsverfahren und für die Lokalen Agenda 21 Prozesse. Sie werden deshalb in den folgenden Abschnitten vertieft diskutiert.

3 Strategien des ökologischen Stadtumbaus

Bei den bereits kurz vorgestellten Strategien des ökologischen Stadtumbaus – soziale, technische und städtebauliche – handelt es sich um Idealtypen, um die Gegenüberstellung von Argumentationssträngen, die jeweils einen zentralen Einflussfaktor in den Mittelpunkt stellen und die sich sowohl hinsichtlich der Problemdefinition und der Durchsetzungschancen als auch der Verhaltenskonsequenzen für Bewohner unterscheiden.

Die soziale Strategie

Die soziale Strategie setzt ganz auf die Verhaltensänderungen von Bewohnern: „Man kann nicht ökologisch wohnen, ohne ökologisch zu leben.“ Ökologisches Wohnen lässt sich nach dieser Problemdefinition keineswegs auf den Einbau effizienter Techniken reduzieren, sondern erfordert eine Umorientierung der ganzen Lebensweise, in und außerhalb der Wohnung. Verhaltensänderungen werden hier zum Pro-

Keine Naturwissenschaft kann der Politik und damit der demokratischen Auseinandersetzung die Entscheidung über das „richtige Leben“ abnehmen.

(8)
Terlinden, Ulla: Gebrauchswirtschaft und Raumstruktur. = Diss. TU Berlin 1988, S. 108

(9)
Krabbe, Wolfgang R.: Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. – Göttingen 1988, S. 108

Zentrale Ansätze des ökologischen Stadtumbaus sind:

- *veränderte Lebensweisen,*
- *optimierte Technik,*
- *verdichtete Siedlungsstrukturen und „kompakte“ Städte.*

gramm erhoben. Im Mittelpunkt steht die „Suffizienzrevolution“ und damit die Entwicklung umweltverträglicher Lebensstile.¹⁰ Motor der Erneuerung wäre demnach ein gesellschaftlicher Wertewandel, in dem die Ökologie eine tragende Rolle spielt.¹¹

Die Frage, welche ökologischen Maßnahmen berücksichtigt werden, wird bei der sozialen Strategie nicht nach dem Kriterium der Sozialverträglichkeit entschieden, sondern nach ihren Effekten zur Entlastung der Umwelt. Verhaltensanforderungen, mit denen sich Bewohner durch ökologische Techniken und Maßnahmen konfrontiert sehen, werden kaum unter dem Aspekt der damit verbundenen Verluste problematisiert. Vielmehr werden die positiven Seiten – die Gewinne ökologischen Wohnens – betont, womit nicht nur Sicherheit für Kinder, Naturerlebnisse und Gesundheit gemeint sind, sondern auch soziale Kontakte, eigenverantwortliches Handeln und kreative Freizeitgestaltung. Kurz: Ökologisches Wohnen kann Baustein zur Selbstverwirklichung werden.

Die Adressaten zur Durchsetzung des ökologischen Bauens und Wohnens sind die Individuen. Im Gegensatz zu der technischen und städtebaulichen kann die soziale Strategie als Strategie „von unten“ beschrieben werden. Zwar fordern auch ihre Verfechter für das ökologische Bauen verbesserte Rahmenbedingungen, die durch den Staat oder die Kommunen über eine Novellierung von Bauvorschriften, die Förderung ökologischer Techniken durch finanzielle Unterstützung oder erleichterte Genehmigungsverfahren herbeigeführt werden könnten. Entscheidend aber bleibt das Verhalten und damit die Lebensweise der Bewohner selbst. Diese könnten gewonnen werden, wenn ihnen die Attraktivität ökologischen Wohnens vor Augen geführt würde. Ökologische Wohnprojekte haben nach dieser Argumentation Vorbildfunktion für Außenstehende.

Die technische Strategie

Der Schlüsselbegriff der technischen Strategie ist „Effizienzrevolution“,¹² denn sie setzt auf Effizienzsteigerungen durch technische Innovationen. Mit dieser Strategie wird versucht, die ökologische Erneuerung in erster Linie über die technische Optimierung des Wohnungsbaus zu erreichen: Die

Häuser, nicht die darin lebenden Menschen, sollen verändert werden. Eine fortentwickelte Stadt- und Haustechnik soll den verschwenderischen Umgang mit Ressourcen und die Belastungen der Natur spürbar eindämmen, ohne dass Bewohner ihr Verhalten ändern oder gar Komforteinbußen hinnehmen müssten.

Die Innovation zielt auf den Produktionsprozess beim Bauen und Sanieren, die Akteure des ökologischen Umbaus sind die Profis des Bauens: Planer und Architekten, Ingenieure und Forscher. Die technisch orientierte Strategie konzentriert sich auf diejenigen ökologischen Aktionsfelder, die durch Aus- und Umrüstung von Gebäuden beeinflussbar sind. Im Mittelpunkt stehen deshalb Maßnahmen zur Energieeinsparung im Sinne von verbesserter Wärmedämmung, passiver Sonnenenergienutzung, sparsamen Heizungsanlagen, Abwärmenutzung und automatischen Lüftungssystemen, Warmwasseraufbereitung mit Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen. Vorbilder sind dabei etwa die schwedischen Niedrigenergiehäuser, geforscht wird schon in Richtung Nullenergiehaus.

Die städtebauliche Strategie

Angelpunkte der städtebaulichen Strategie sind die Siedlungsstruktur und damit der Standort und der Flächenverbrauch des Wohnens. Im Zentrum der Kritik steht die Suburbanisierung: „Die Städte dürfen flächenmäßig nicht weiter wachsen“.¹³ Wohnen im Eigenheim im Grünen ist demnach kein ökologisches Wohnen, nicht nur, weil das Einfamilienhaus ein Flächenfresser und eine Energieschleuder ist, sondern auch wegen des Verkehrs, den die dadurch entstandenen Siedlungsstrukturen erzeugen.

Betont wird die ökologische Rationalität großstädtischer Siedlungsstrukturen, das planerische Leitbild ist die „kompakte“ Stadt.¹⁴ Ausgangspunkt der Überlegungen ist nicht die Sinnhaftigkeit einzelner ökologischer Maßnahmen und die Ausstattung einzelner Objekte, sondern der Umbau der Stadt als ganzer. Als ökologischer Maßstab werden städtebauliche Prinzipien angelegt, wie Nutzungsmischung, Verdichtung im Bestand, kosten- und flächensparendes Bauen, flexible Nutzbarkeit von Wohngebäuden.

(10) Loske, Reinhard: Effizienzrevolution oder Lebensstilwandel? Polit. Ökologie (1992) 10, 27, S. 69–71

(11) Hahn, Ekhart: Ökologischer Stadtbau: Konzeptionelle Grundlegung. – Frankfurt a. M., Bern, New York, Paris 1992, S. 98 ff.

(12) Weizsäcker, Ernst Ulrich von; Lovins, Amory B.; Lovins, L. Hunter: Faktor Vier. Doppelte Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch. Der neue Bericht an den Club of Rome. – München 1995

(13) Hoffmann-Axthelm, Dieter: Die dritte Stadt. – Frankfurt a. M. 1993, S. 141

(14) Vgl. Feldtkeller, Andreas: Die zweckentfremdete Stadt. Wider die Zerstörung des öffentlichen Raums. – Frankfurt a. M. 1994; Jessen, Johann: Der Weg zur Stadt der kurzen Wege – versperrt oder nur zu lang? Arch. f. Kommunalwiss. (1996), 1/9; Krau, Ingrid: Innenentwicklung contra Außenentwicklung – ökologisches Dilemma? Inform. z. Raumentwicklung, Bonn (1994), H. 3, S. 215–222

Die ökologische Stadt der Zukunft ist demnach eine dichte, hochkomplexe Stadt, die Wege minimiert, Nutzungsansprüche neu verteilt, der Flächenexpansion ein Ende macht und die Ver- und Entsorgung rationell organisiert. Plakatig formuliert: Nicht das Los Angeles des 20., sondern das Wien des 19. Jahrhunderts ist Vorbild für die ökologische Stadt des 21. Jahrhunderts.

Der ökologische Umbau der Stadt wäre also eine Aufgabe, die vor allem die Zuständigkeitsbereiche der Städte und Gemeinden und deren Planungshoheit betrifft. Darüber hinaus wirft die städtebauliche Strategie aber Fragen auf, die der Aufgabe eine gesellschaftspolitische Dimension geben. Indem sie nach der Organisation von Flächennutzungen und damit auch nach der Verteilung von Flächen fragt, zielt sie auf den Kern politischer und sozialer Konflikte in der Stadt.

Praxis: Dominanz des technischen Weges

Natürlich wäre die Kombination aller drei Strategien das Wirksamste. Veränderte Lebensweise, optimierte Technik und verdichtete Siedlungsstruktur sind die zentralen Elemente des ökologischen Umbaus der Städte. In der Praxis des ökologischen Bauens aber dominiert die technische Strategie.

Diese Dominanz hat drei Gründe:

Erstens spricht die politische Handhabbarkeit für diese Strategie. Die Verwendung bestimmter Baustoffe und standardisierter Techniken lässt sich durch die klassischen Steuerungsmedien der Politik, also durch Recht und Geld, direkt beeinflussen. Förderbestimmungen, Verbote und Gebote können gegenüber dem Produktionsprozess regulierend wirken.

Zweitens entspricht sie der Auffassung vom Bauen als Aufgabe von Ingenieuren und Planern. Eine Ausweitung der Planungsbeteiligung auf Bewohner ist nach dieser Argumentation nicht notwendig, da nur solche Maßnahmen zum Zuge kommen sollen, die im Wohnalltag keine Einschränkungen oder Verhaltensänderungen seitens der Nutzer mit sich bringen.

Eben deswegen bietet so – drittens – die technische Strategie eher als die beiden anderen Strategien die Möglichkeit, sozial verträglicher zu sein und Konflikten und Widerständen aus dem Weg zu gehen.

4 Widerstände und Konflikte

... bei Umsetzung der sozialen Strategie

Die Stärke der sozialen Strategie, die Einsicht nämlich, dass ökologisches Wohnen im Kern eine Frage der Lebensweise ist, ist gleichzeitig ihre Achillesferse. Was manchen als Baustein zur Selbstverwirklichung gelten mag, kann für andere als zusätzliche Belastung, als lästige Verpflichtung oder gar als Eingriff in die individuelle Autonomie der Privatsphäre empfunden werden. Die Handhabung eines Mülltrennsystems, die Wartung einer gemeinschaftlichen Pflanzenkläranlage, der Verzicht auf Chemie in Haushalt und Garten, all das verlangt Mehrarbeit, Wissen und Selbstdisziplin.

Diese Verhaltensanforderungen ökologischen Wohnens können zum einen mit den Interessen der Frauen auf Befreiung von der Hausarbeit zugunsten beruflicher Arbeit und selbstbestimmter Tätigkeiten in der Freizeit in Widerspruch geraten; angesichts der üblichen Arbeitsteilung im Haushalt ist es nicht unwahrscheinlich, dass die ökologisch begründete Mehrarbeit in der Wohnung der Frau aufgebürdet wird.¹⁵

Zum anderen können sie in Konflikt geraten zu den zentralen Versprechungen der Urbanisierung auf Entlastung von Arbeit und Verpflichtungen. Mit der städtischen Infrastruktur – vom Müllschlucker, dem Strom aus der Steckdose, dem fließenden warmen Wasser bis hin zum Altenpflegeheim und Anrufbeantworter – verbindet sich auch die alte emanzipatorische Hoffnung auf ein Reich der Freiheit jenseits der Notwendigkeit. Die sorgfältige Trennung verschiedener Müllsorten, die Pflege der Mietergärten, die Teilnahme an der Selbstverwaltung, die Planungspartizipation und die Selbsthilfe bei der Modernisierung, all das sind sicherlich Schritte, um sich seine Stadt zu eigen und damit zur Heimat zu machen. Aber es gibt auch das Gegenbild, die Stadt als Garant von Anonymität, als Maschine zur Entlastung von Arbeit und Verantwortung.¹⁶ Gemessen an diesem durchaus befreiendem Gehalt von Urbanität können Demokratisierung, Aneignung und Ökologie als Zumutung empfunden werden und auf Widerstände treffen.

Die soziale Strategie hebt die Gewinne hervor und blendet die Mühen des ökologischen Wohnens aus. So aber kann man den widersprüchlichen Anforderungen an eine Stadt, Heimat und Maschine zugleich zu

Bei allen Strategien zum ökologischen Stadtbau ist mit Widerständen und Konflikten zu rechnen – gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen.

(15)
Vgl. Schwartzau-Schuldt, Silke: Private Haushalte im „Öko-Streß“. In: Gräbe, Sylvia (Hrsg.): Private Haushalte im Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie. – Frankfurt a. M. und New York 1993, S. 87–92

(16)
Vgl. Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter: Soziologie des Wohnens. In: Häußermann, Hartmut; Ipsen, Detlev; Krämer-Badoni, Thomas; Läßle, Dieter; Rodenstein, Marianne; Siebel, Walter (Hrsg.): Stadt und Raum. Soziologische Analysen. – Pfaffenweiler 1991, S. 69–116

In der Praxis des ökologischen Stadtumbaus dominiert die technische Strategie. Ihr Stichwort ist „Effizienzrevolution“.

sein, kaum gerecht werden. Eine Strategie des ökologischen Umbaus kann sich nicht allein auf solche Konzepte stützen, die nur für eine Minderheit attraktiv sind.

... bei Umsetzung der technischen Strategie

Mit der technischen Strategie verbinden sich Hoffnungen auf eine schnelle und wirksame Umweltentlastung, die politisch vergleichsweise einfach durchzusetzen und zugleich ohne Verhaltensänderungen erreichbar ist.

Diese Hoffnungen scheinen aber wenig realistisch zu sein, denn zum einen ist die notwendige technische Um- und Ausrüstung von Häusern teuer, und zum anderen ist der Versuch, sich auf verhaltensneutrale Techniken zu beschränken, entweder illusionär oder er führt zu einer Begrenzung der ökologischen Effekte. Die Versuche, die Umweltbelastung über innovative Techniken zu reduzieren, münden oft in teuren Lösungen, die nur mit zusätzlichen Subventionen finanziert werden können.

Will die technische Strategie aber finanzielle Ressourcen der Gesellschaft in Richtung Ökologie umsteuern, ist auch sie politisch auf ein breites ökologisches Bewusstsein über die Notwendigkeit solcher Maßnahmen angewiesen. Eine politische Strategie „von oben“ arbeitet immer in einem bestimmten Maße mit Zwang, und das gilt hier nicht nur in ökonomischer und administrativer Hinsicht. Letztlich verändern auch scheinbar verhaltensneutrale Techniken den Wohnalltag, und zwar durch Reglementierung. So zwingt z.B. eine konsequente Südausrichtung der Gebäude von Wohnsiedlungen zu einer Zeilenbauweise, die die privaten Gärten der einen Zeile an die Erschließung der anderen grenzen lässt, was die Trennung der privaten Sphäre von der öffentlichen erschwert. Und eine ebenfalls aus energetischen Gründen sinnvolle Zonierung der Grundrisse schränkt die flexible Nutzbarkeit von Wohnungen ein. Ein solcher Vorrang natürlicher vor sozialen Kriterien beim Städte- und Hausbau würde also Festlegungen treffen für die Qualität des öffentlichen Raums wie für das Wohnverhalten.

Direkte Eingriffe in den Wohnalltag sind auch mit vollautomatischen Lösungen – an solchen wird geforscht – verbunden. Verhaltensänderungen werden zwar nicht propagiert, aber durch Einschränkung von Handlungsalternativen faktisch erzwungen – bei automatischen Lüftungen beispiels-

weise durch die fehlende Möglichkeit, selbst die Fenster zu öffnen.

Auch die ökologische Effektivität der technischen Strategie steht in Frage. Da viele Maßnahmen, die eine aktive Beteiligung der Bewohner erfordern würden, von vornherein ausgespart bleiben, scheinen die ökologischen Effekte beim einzelnen Objekt vergleichsweise gering zu sein. Die Beschränkung auf das allein durch Technik Erreichbare reduziert zwangsläufig die Reichweite eines ökologischen Umbaus; schließlich steht und fällt der ökologische Effekt des Technikeinsatzes doch meist mit dem komplementären Verhalten der Bewohner und Bewohnerinnen. Es erweist sich so als Illusion, die Haustechnik unabhängig von der Mitwirkungsfähigkeit und -bereitschaft der Hausbewohner gestalten zu wollen. Der Wirkungsgrad der ökologischen Technik kann durch umweltbewusstes Verhalten zweifellos erhöht, im umgekehrten Fall aber auch durch falsches Handeln zunichte gemacht werden. Damit trifft die technische Strategie auf ähnliche Widersprüche wie die soziale.

... bei Umsetzung der städtebaulichen Strategie

Die Umsetzung der städtebaulichen Strategie wäre unvermeidlich mit erheblichen politischen Widerständen verbunden und geriete einerseits in Konflikt mit subjektiven Wertorientierungen, andererseits in Widerspruch zu handfesten ökonomischen Interessen.

Ein Faktor des Flächenverbrauchs ist der wachsende individuelle Verbrauch von Wohnfläche. Ihr Anstieg auf durchschnittlich 40 m² pro Kopf der Bevölkerung in der alten Bundesrepublik hat vor allem zwei Ursachen: die Individualisierung der Lebensführung, die sich u.a. im Trend zu immer kleineren Haushalten zeigt, und die Privatisierung der Bedürfnisbefriedigung durch den individuellen Kauf und den privaten Konsum von Waren und Dienstleistungen. Beide gesellschaftlichen Entwicklungen stehen einer ökologisch sinnvollen Förderung von Wohn- und Hausgemeinschaften und einer flächensparenden Organisation von Wohnfunktionen in Gemeinschaftseinrichtungen entgegen.

Die städtebauliche Strategie hat aber nicht nur gegen die Trends zu hedonistischem Konsumismus und großstädtischer Vereinzelung anzukämpfen, sie läuft auch Gefahr, in Konflikt zu geraten mit den durchaus

emanzipativen Hoffnungen der Individuen auf Autonomie und Selbstentfaltung, die diese Trends wesentlich tragen.

Über das Ausmaß, in dem sich der steigende Wohnflächenverbrauch im Verbrauch von Landschafts- und Freiflächen niederschlägt, entscheidet die Bebauungsdichte. Als beliebteste Wohnform in der Bundesrepublik hat das Einfamilienhaus, besonders das freistehende Einfamilienhaus, die Suburbanisierung getragen, die inzwischen längst auch in entlegene ländliche Regionen vorgedrungen ist. Eine restriktive Flächenpolitik, die nur noch verdichtete Bauformen im Wohnungsbau zulassen würde, stieße auf den Widerstand der sozialen Gruppen, die sich den Traum vom Einfamilienhaus verwirklichen wollen. Dieser Traum hat unter den gegenwärtigen Lebensbedingungen in den Städten für Familien mit kleinen Kindern einsehbar Gründe. Eine ökologische Stadtpolitik verstieße nicht nur gegen diese – in einer bestimmten Einkommens- und Lebenssituation hochplausiblen – Wohnwünsche, sondern auch gegen die Phantasien von Unabhängigkeit, Aneignung und Identifikation, die sich für viele mit dem Eigenheim verbinden.

Eine weitere Umsetzungsschwierigkeit für die städtebauliche Strategie liegt im Wohnungsmarkt. Die sozialen Konflikte in den Städten, die aus Zuwanderung, Nutzungskonkurrenzen und ungleicher Verteilung resultierten, wurden bislang nicht zuletzt durch das Wachstum der Städte in die Fläche politisch entschärft. Das betrifft den Auszug der Mittelschichten ins Umland wie den sozialen Wohnungsbau am Stadtrand.

Eine ökologische Strategie, die zur Begrenzung des Flächenverbrauchs das Neubausvolumen beschränken würde, hätte unter den gegebenen Bedingungen gleich in dreifacher Hinsicht negative Verteilungswirkungen: Sie würde erstens dem legitimen Anspruch der unteren Einkommensschichten auf Verbesserung ihrer Wohnsituation eine Absage erteilen und ihre ungenügende Versorgung mit Wohnraum auf Dauer zementieren. Zweitens würde sich angesichts weiterer Zuwanderung die Wohnungsversorgung auf dem engsten Marktsegment, dem der preisgünstigen Mietwohnungen, absolut verschlechtern. Und drittens würde sich die kaufkräftige Nachfrage der einkommensstarken Haushalte nach mehr Wohnfläche auf den Wohnungsbestand konzentrieren, wodurch die sozialen Verdrängungseffekte in bestimmten Stadtvierteln noch verstärkt würden. Eine konse-

quente Flächenpolitik träge so in erster Linie die Schwächsten der Gesellschaft. Es kann aber nicht der Sinn des ökologischen Stadtumbaus sein, die Umweltprobleme auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit zu lösen.

Alle anderen Lösungen, die in Richtung Neuverteilung von Nutzungen, Umverteilung von Flächen, Nachverdichtung von Wohngebieten oder gar Wohnungszwangswirtschaft gehen müssten, geraten dagegen in Konflikt mit wirtschaftlichen Interessen und der privaten Verfügung über Grund und Boden.

Der Widerstand gegen eine Umsetzung der städtebaulichen Strategie würde sich damit aus verschiedenen Quellen speisen können. Selbst wenn die Kommunen über Planungsinstrumente zur Reorganisation von Flächennutzungen verfügen, bleibt deren Einsatz unwahrscheinlich angesichts der interkommunalen Konkurrenz um die einkommensstarken Bevölkerungsgruppen, die in der Mehrheit nicht auf das Einfamilienhaus verzichten wollen.

5 Auswege und Funktion der Lokalen Agenda 21

Wo können angesichts der konflikthaften Beziehungen zwischen den sozialen und ökologischen Dimensionen nachhaltiger Entwicklung Auswege aus dem Dilemma gesucht werden?

Es sollte deutlich geworden sein, dass es nicht einen Königsweg gibt, die Städte und Kommunen auf einen Weg in Richtung Nachhaltigkeit zu bringen, und dass eine Konzentration der Lokalen Agenda 21-Prozesse auf die ökologische Dimension nachhaltiger Entwicklung an der komplexen Problemkonstellation vorbeigeht, die mit der ökologischen Krise entstanden ist. Welche Lehren lassen sich also aus dem Beispiel des ökologischen Wohnens ziehen?

Berücksichtigung von Wohnbedürfnissen und sonstigen Zielen der Lebensführung

Erstens kommt es darauf an, sich Klarheit zu verschaffen über die Gründe für die geringe Bereitschaft vieler Menschen, ökologisches Verhalten zur Sache ihres Wohnalltags zu machen. Sie ist eben nicht mit schlichter Arroganz zu erklären, denn die unterschiedlichen Strategien des ökologischen Wohnens sind durchaus mit Verhaltensumutungen verbunden.

Das Projekt des ökologischen Stadtumbaus kann nur erfolgreich sein, wenn es für eine große Mehrheit erstrebenswert erscheint.

Mehrheitsfähig sind nur Lösungen, die die Durchsetzung ökologischer Ziele mit Zielen und Bedürfnissen der Gesellschaft verbinden.

Das Projekt des ökologischen Stadtumbaus kann nur erfolgreich sein, wenn es für eine große Mehrheit erstrebenswert erscheint. Eine solche Chance gibt es nur, wenn es gelingt, die Durchsetzung ökologischer Ziele mit den politischen Zielen der Frauenemanzipation und sozialen Gerechtigkeit sowie den emanzipatorischen Gehalten urbaner Lebensweise zu verbinden. Hier gibt es durchaus Orientierungen und Wünsche, an die angeknüpft werden kann, insbesondere an die traditionellen Wohnbedürfnisse nach einer gesunden Umwelt, nach Aneignung des Wohnumfeldes und nach sozialen Kontakten in der Nachbarschaft. Gleichzeitig aber müssen Wege gefunden werden, wie diese Bedürfnisse, die seit Jahrzehnten in die Einfamilienhäuser am Stadtrand geführt haben, in einer Stadt befriedigt werden können.

Planungspartizipation

Zweitens müssen Wohnungsbauprojekte so konzipiert werden, dass sie unterschiedlichen Wohnvorstellungen gerecht werden können. Dazu müsste die Angebotspalette auch bei ökologischen Eigenheimprojekten so differenziert werden, dass sie ein möglichst breites Spektrum von Bedürfnislagen abbildet. Das heißt, es müssen Wohnkonzepte gefunden werden, die sowohl von Familien mit Kindern wie auch von Einpersonenhaushalten, älteren Menschen und Wohngemeinschaften angenommen werden können.

Dieses wird nur möglich sein, wenn diese unterschiedlichen Gruppen ihre Wohnvorstellungen in die Planung einbringen können. Eine Voraussetzung dafür ist eine weitgehende Partizipation von Bewohnern schon in der Planungsphase von Sanierungs- und Neubauprojekten. Dadurch können sich die Chancen auf ein bewusstes Verhalten der Bewohner im Alltag und damit die Durchsetzungschancen ökologischen Wohnens erhöhen.

Ein solcher Partizipationsprozess ist anstrengend und verlangt viel – sowohl von den Planern wie auch von den Bewohnern. Aufgabe der Planer wäre es dabei zum einen, sich mit den Verhaltensanforderungen zu befassen und sie gegenüber den Bewohnern offen anzusprechen. Zum anderen dürften sie keine abgeschlossenen ökologischen Konzepte entwickeln, sondern solche, die Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten für Bewohner eröffnen. Aber auch von den Bewohnern wird in einem

Partizipationsprozess viel verlangt. Er ist nicht nur zeitaufwendig, sondern auch konfliktreich, denn es muss sich über die Fragen auseinander gesetzt werden, die normalerweise nicht in der Öffentlichkeit ausgehandelt werden: Welche Wohnwünsche und -bedürfnisse haben wir? Wie wollen wir den Wohnalltag gestalten? Was muten wir uns zu? Auch: Welche Verbesserungen, welche Gewinne sind mit ökologischen Maßnahmen verbunden?

Wird Partizipation ernst genommen, dann hat das auch weitreichende Konsequenzen für Wohnungsbaugesellschaften und andere Eigentümer von Mietwohnungen, denn sie müssten akzeptieren, dass eine ernsthafte Beteiligung von Bewohnern nicht zu haben ist ohne vermehrte Verfügungsrechte der Mieter über ihre Wohnung sowohl in der Planungs- wie auch in der Nutzungsphase.

Eine weitgehende Planungspartizipation ist eine notwendige Bedingung, die zwar keine Erfolgsgewähr für das Gelingen ökologischer Konzepte beinhaltet, aber doch die Chance eröffnet, dass Lernmilieus für ökologisches Wohnen entstehen.

Veränderung städtischer Strukturen

Drittens: Wie für einzelne Wohnungsbauprojekte gilt auch für die Stadt insgesamt, dass die Chancen auf ökologisch begründete Verhaltensänderungen immer dann am größten sind, wenn die Betroffenen selbst mitentscheiden können. Die Denunziation von nicht-ökologischem Verhalten von Individuen und moralische Appelle werden solange wirkungslos bleiben, wie nicht die städtischen Strukturen so verändert werden, dass tatsächlich die Chancen für ein ökologisches Verhalten erhöht werden.

Dazu sind zwar auch veränderte Rahmenbedingungen durch den Bund und die Länder notwendig, aber die kommunalen Handlungsmöglichkeiten sind bei weitem nicht ausgeschöpft: Zunächst gilt es, die Funktionsmischung in den städtischen Quartieren, in denen sie noch besteht, zu erhalten und bei Neubaugebieten zu ermöglichen. Des Weiteren kann eine Kommune zur Dezentralisierung der Energieversorgung dann beitragen, wenn sie eigene Stadtwerke besitzt. In einigen Städten ist es gelungen, über die Hälfte des Stroms aus Kraftwärmekopplung zu produzieren. Drittens können über den Bebauungsplan und – bei städtischen Grund-

stücken – über privatrechtliche Vereinbarungen ökologische Maßnahmen verbindlich festgelegt werden, z.B. der Anschluss an Fernwärme, Regenwassernutzung, geringe Versiegelung und Verbleib des Regenwassers auf den Grundstücken. Eine Kommune kann ferner mit gutem Beispiel vorangehen und bei eigenen Bauaufträgen nach ökologischen Kriterien bauen und planen. Und schließlich kann eine Kommune durch eine kontinuierliche Aufklärung versuchen, die Basis für ökologische Zielsetzungen zu verbreitern. Nicht nur bei Bewohnern, auch bei den Profis des Planens und Bauens gibt es einen Nachholbedarf, was ökologisches Wissen angeht.

Eine wichtige Funktion der Lokalen Agenda 21 wäre es, in einem „kommunikativ-partizipatorischen“¹⁷ Prozess die Handlungsmöglichkeiten, die es auf der lokalen Ebene gibt, auszuloten und entsprechende Projekte durchzusetzen.

Dazu ist aber zum einen notwendig, dass die „harten“ Themen der Stadtpolitik – Wirtschaftsförderung, Standortfragen etc. – nicht ausgespart bleiben, und zum anderen, dass entsprechend dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung ökologische Fragen nicht isoliert von den ökonomischen und sozialen Dimensionen thematisiert werden. Die dadurch entstehenden Konflikte sind nur um den Preis eines Verzichts auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung vermeidbar.

(17)
Dangschat, Jens: Sustainable
City; a.a.O., S. 188